

Vielfalt und Zusammenhalt gelingen nur gemeinsam



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Ana Bolaños (KV Karlsruhe)

Änderungsantrag zu K12

Von Zeile 164 bis 166 einfügen:

dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten. Deswegen wollen wir - wie dies bereits in anderen Bundesländern geschehen ist - auch das Land Baden-Württemberg zum Sicheren Hafen erklären und ein eigenes Landesaufnahmeprogramm auflegen. Dadurch senden wir ein starkes Zeichen und appellieren an das Bundesinnenministerium, aufnahmebereiten Ländern und Kommunen nicht mehr länger den Weg zu versperren. Auf europäischer Ebene setzen wir uns außerdem dafür ein, dass ein ziviles Seenotrettungssystem aufgebaut wird, das

Begründung

Obwohl bundesweit bereits mehr als 200 Kommunen und mehrere Bundesländer (wie Thüringen, Berlin, Hamburg, Bremen) signalisiert haben, dass sie Geflüchtete aus den an das Mittelmeer angrenzenden Ländern aufnehmen wollen, verweigert das Bundesinnenministerium bislang beharrlich die nach § 23 Abs. 1 S. 3 AufenthG erforderliche Zustimmung hierzu. Dabei verweist das Ministerium auf die Notwendigkeit eines europaweit einheitlichen Vorgehens. Im Vordergrund sollte nach Auffassung von uns Grünen jedoch stehen, dass wir menschlich handeln und dem Leiden, das durch die europäische Abschottungspolitik entsteht, abhelfen. Das frühzeitige Auflegen eines eigenen Landesaufnahmeprogramms würde nicht nur ein Zeichen an den Bund senden, endlich den Weg frei zu machen, sondern schafft bereits jetzt die nötigen Rahmenbedingungen für die Aufnahme, die - sobald die nötige Zustimmung erteilt wird - ohne weiteren Zeitverlust beginnen kann.

Unterstützer*innen

Baran Topal (KV Karlsruhe); Elly Reich (KV Karlsruhe); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Sebastian Grässer (KV Karlsruhe); Zoe Mayer (KV Karlsruhe); Benjamin Bauer (KV Karlsruhe); Ralf Pilgrim (KV Karlsruhe); Christine Großmann (KV Karlsruhe); Sarah Dußler (KV Karlsruhe)